

Vorstösse wurden in der Frühjahrssession 2009 eingereicht. Schon damals hat der Fall UBS/USA seine Schatten vorausgeworfen. In zwei von diesen Vorstössen geht es darum, die Amtshilfe rascher zu machen, rechtsstaatlicher auszugestalten, effizienter zu machen. Es kommt dann noch eine Motion dazu, das IRSG, also das Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen, mit einzubeziehen.

Ich kann auf die schriftlichen Berichte verweisen. Der Bundesrat verweist ja darauf, dass schon einiges gegangen sei. Wir sind aber auch der Meinung, dass weiterer Handlungsbedarf besteht. Wenn ich von weiterem Handlungsbedarf spreche, kann ich sagen, dass in diesem Zusammenhang entsprechende Weichen gestellt worden sind. Ich verweise Sie auf die Doppelbesteuerungsabkommen, die wir in dieser Session behandelt haben, mit Österreich, Norwegen, Finnland, Luxemburg usw. Da hat ja die Kommission jeweils einen Artikel 1bis eingeführt mit dem Auftrag: «Der Bundesrat unterbreitet den eidgenössischen Räten einen Gesetzentwurf zur verbindlichen Umsetzung der DBA-Amtshilfe im Landesrecht nach OECD-Standard.»

Sie sehen, an sich sind die Anliegen der Motion 09.3056 bereits zum Teil konkretisiert worden, aber es spricht jetzt nichts dagegen, dass wir sie und auch die Motion 09.3319 in Übereinstimmung mit dem Bundesrat zur Annahme empfehlen.

Anders liegt die Situation bei der Motion 09.3326. Dort geht es um das Rechtshilfegesetz (IRSG). Wir sind nach einer Abwägung der Vor- und Nachteile zum Schluss gekommen, man solle im jetzigen Zeitpunkt nicht bereits einen Gesetzgebungsauftrag beim IRSG erteilen, sondern abwarten, bis im Bereich der Amtshilfe die Gesetzgebung, das innerstaatliche Recht, entsprechend überprüft und angepasst worden ist. Möglicherweise könnte es sogar kontraproduktiv sein, hier bereits im IRSG etwas vorzukehren.

Ich ersuche Sie deshalb, die Motion 09.3326 abzulehnen. Der Bundesrat hat Annahme der Motion beantragt. Aber wir haben im Gespräch mit den Vertretern doch auch gespürt, dass wir mit dem ablehnenden Antrag nicht so ganz neben den Schuhen stehen, und ich empfehle Ihnen, unserem Antrag zu folgen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Nur zur Motion betreffend das IRSG und die Anpassung des IRSG: Wir empfehlen diese Motion zur Annahme, weil wir der Auffassung sind, dass das zwei Bereiche sind, die parallel geregelt werden müssen. Heute haben wir ein Gesetz für die internationale Rechtshilfe, wir haben noch kein Amtshilfegesetz. Auch das, was jetzt auf Verordnungsstufe gemacht wird, muss in ein Gesetz überführt werden. Es lohnt sich, das nachher gleichzuschalten und dann auch die gleichen Kriterien anzuwenden. Das ist der Grund dafür, dass wir die Annahme auch dieser Motion empfehlen.

Selbstverständlich wird dies nicht gleichzeitig geschehen; das ist richtig, Herr Bürgi. Wir wollen zuerst den Amtshilfebereich klar regeln, aber parallel dazu oder etwas später, im Nachgang, auch die Rechtshilfe. Auch hier sind verschiedene Anpassungen notwendig, die sich jetzt auch aus der Aufhebung der Unterscheidung im Amtshilfebereich ergeben. Dort haben wir die Unterscheidung zwischen dem Steuerbetrug und der Steuerhinterziehung nicht mehr; deshalb können wir sie in der Rechtshilfe auch nicht weiterführen.

Das ist der Grund für den Antrag auf Annahme auch der Motion 09.3326.

09.3056, 09.3319

Angenommen – Adopté

09.3326

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion ... 4 Stimmen
Dagegen ... 14 Stimmen

08.3609

Motion Fiala Doris. Erhöhung der Strafandrohung bei Kinderpornografie

Motion Fiala Doris. Alourdir la peine encourue en cas de pornographie enfantine

Einreichungsdatum 02.10.08

Date de dépôt 02.10.08

Nationalrat/Conseil national 03.06.09

Bericht RK-SR 15.02.10

Rapport CAJ-CE 15.02.10

Ständerat/Conseil des Etats 10.06.10

Antrag der Kommission

Annahme der modifizierten Motion

Proposition de la commission

Adopter la motion modifiée

Präsidentin (Forster-Vannini Erika, Präsidentin): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Die Kommission beantragt einstimmig die Annahme der Motion gemäss ihrem Änderungsantrag in Ziffer 4 des Berichtes.

Bürgi Hermann (V, TG), für die Kommission: Sie mögen sich erinnern, dass im Nationalrat zahlreiche Vorstösse auf Strafverschärfungen, Änderungen des Strafgesetzbuches usw. eingereicht worden sind. Mit dieser Motion verlangt Frau Fiala, dass die Strafandrohung in Bezug auf den Konsum von Kinderpornografie erhöht werde.

Selbstverständlich teilen wir im Grundsatz die Besorgnis in diesem Zusammenhang; das ist unbestritten, das ist keine Frage. Aber ich möchte immerhin darauf hinweisen, dass das Problem mit einer Verschärfung der Strafandrohung, wie sie die Motion will, natürlich nicht gelöst wird. Sie wissen, es handelt sich um eine weltweite Erscheinung und hängt nicht so sehr mit dem Strafraumen im StGB zusammen. Es sind vielmehr andere Mechanismen, die hier Probleme bereiten. Ich verweise auf Probleme im Zusammenhang mit dem Internet: die Anonymität, die Einfachheit der Nutzung und des Zugangs. Der Bundesrat hat in der Zwischenzeit im Rahmen der neuen Strafprozessordnung ja auch schon verschiedene Massnahmen getroffen, beispielsweise Änderungen bei den verdeckten Ermittlungen und bei der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Künftig sollen die verdeckte Ermittlung und die Telefonüberwachung auch bei Verdacht auf einen Verstoß gegen Artikel 135 oder gegen Artikel 197 Absatz 3 StGB möglich sein. Es geht also nicht nur um den Strafraumen, sondern insbesondere auch darum, die Mittel der Strafverfolgung zu verbessern; das muss man sehen. Ich erinnere auch daran, dass die Gerichte selbst schon einiges tun könnten. Denn der Strafraumen, wie er jetzt im StGB vorhanden ist, wird häufig nicht ausgeschöpft. Das war noch etwas zur Ausgangslage.

Wenn wir eine Änderung beantragen, so eben deshalb: Diese Fragen sollen in einen Gesamtzusammenhang gestellt werden. Sie mögen sich erinnern, wir haben einmal zahlreiche Motionen in Prüfungsaufträge umgewandelt. Das war, wenn ich mich richtig erinnere, in der Herbstsession des vergangenen Jahres. Wir haben gesagt, man könne nicht sozusagen im Schnellzugstempo irgendwelche isolierten StGB-Änderungen vornehmen.

Der Bundesrat hat ja erklärt, er werde sich zum einen mit diesen Fragen beschäftigen, mit dem Sanktionenkatalog im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches, und dass er zum andern einzelne Sanktionen im Besonderen Teil des Strafgesetzbuches prüfen werde. Deshalb schlagen wir Ihnen in Fortsetzung der Praxis, die wir in der Kommission für Rechtsfragen bei den erwähnten Motionen angewandt ha-

ben, vor, das Anliegen in einen Prüfungsauftrag umzuwandeln. Dann kann man das in das Gesamtpaket einpacken. Ich ersuche Sie, diesen Überlegungen der Kommission zu folgen.

Präsident (Inderkum Hansheiri, erster Vizepräsident): Könnte sich der Bundesrat allenfalls dem Antrag der Kommission anschliessen, Frau Bundesrätin?

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Schon aus pragmatischen Gründen schliesse ich mich diesem Antrag an, aber auch aus Überzeugung. Ich denke, es ist auch richtig, weil wir ohnehin daran sind. Wir haben ja auch die Motion Schweiger 06.3170 zur Kinderpornografie, bei der wir auch dabei sind, sie in diesem Sinne aufzuarbeiten. Wir haben daneben zwei Teile des Strafgesetzbuches, den Allgemeinen Teil und den Besonderen Teil, zu denen wir auch Vorschläge machen, und damit ist der ganze Bereich offen. Ich bin sehr froh, wenn Sie das als Prüfungsauftrag überweisen und nicht als Motion.

Angenommen – Adopté

10.3097

Postulat RK-SR. Ermittlung von Internetstraftätern

Postulat CAJ-CE. Identification des auteurs d'actes de cybercriminalité

Einreichungsdatum 09.03.10
Date de dépôt 09.03.10

Ständerat/Conseil des Etats 10.06.10

Präsident (Inderkum Hansheiri, erster Vizepräsident): Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

Recordon Luc (G, VD), pour la commission: Nous avons traité en commission de la motion Glanzmann 07.3627 qui s'intéressait à l'identification des possesseurs de cartes d'accès sans fil à prépaiement. Nous nous sommes rendu compte que cela partait d'une bonne intention, mais que l'angle d'attaque était beaucoup trop étroit. C'est la raison pour laquelle il nous a semblé qu'il fallait plutôt passer par une proposition plus large et nous avons donc déposé ce postulat, qui demande un rapport sur la ou les stratégies possibles pouvant permettre d'identifier, de manière générale, les auteurs d'actes de cybercriminalité. Evidemment, le grand problème réside dans l'anonymat qu'offrent par exemple les cybercafés, où toutes sortes de possibilités existent d'avoir des écrans informatiques, si je puis dire, qui masquent la provenance des auteurs des actes de cybercriminalité.

Cette question est évidemment délicate, parce que la protection de la personnalité doit aussi trouver sa place. Il ne faut pas aller trop loin, ne pas lever trop facilement non plus les barrières qu'Internet offre aux personnes, parce qu'elles ont aussi parfois un effet protecteur utile. Pourtant, dans le cas de la cybercriminalité et notamment de la cyberpédophilie, la police doit garder la possibilité, avec des motifs dûment validés par un juge, d'aller au-delà. Je trouve que la réponse que le Conseil fédéral nous a donnée est tout à fait adéquate à cet égard.

Angenommen – Adopté

10.3263

Postulat Savary Géraldine. Braucht die Schweiz ein Gesetz gegen das illegale Herunterladen von Musik?

Postulat Savary Géraldine. La Suisse a-t-elle besoin d'une loi contre le téléchargement illégal de musique?

Einreichungsdatum 19.03.10
Date de dépôt 19.03.10

Ständerat/Conseil des Etats 10.06.10

Präsident (Inderkum Hansheiri, erster Vizepräsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Savary Géraldine (S, VD): Je déclare d'abord mes – modestes – intérêts: je suis présidente de la Fondation romande pour la chanson et les musiques actuelles en Suisse romande; c'est une fondation publique qui aide les jeunes musiciens à se lancer et à exister sur la scène musicale en Suisse.

En Suisse justement – peut-être qu'on ne le sait pas tous; en tout cas on n'a pas toujours le temps de sortir le soir dans les festivals –, la scène musicale est très vivante. Depuis 2006, date à partir de laquelle on répertorie les musiciens en Suisse, on compte 13 600 groupes de musique helvétiques, des groupes appréciés. Ce ne sont plus des groupes qui rassemblent dix spectateurs dans des fonds de salle de restaurant, mais bien des groupes qui existent sur la scène musicale, non seulement en Suisse, mais aussi hors de nos frontières. Cette vitalité a aussi un impact sur l'économie de notre pays, sur son image et, de manière générale, sur sa bonne forme.

Parallèlement à cette éclosion de groupes musicaux, le marché helvétique du disque s'est brutalement contracté: 12 millions de disques de moins vendus entre 2000 et 2008! 50 pour cent du marché du disque, au fond, a disparu. Vous avez d'un côté une scène extrêmement vivante et puis, de l'autre, une production discographique qui s'effondre de façon assez brutale.

Cette contraction s'explique entre autres par l'évolution technologique. Il y a sans doute encore d'autres raisons, mais une des raisons de cette transformation du secteur, c'est l'évolution technologique. Bien sûr, les gens achètent moins de disques – on le fait tous! –, et puis on va se fournir plutôt sur Internet. C'est une évolution que je ne critique pas, que je ne condamne pas non plus; c'est sans doute très sain de pouvoir aller dans ce sens. Mais comme tout nouveau marché, il doit être régulé. En tout cas, on doit se demander si ce marché doit être régulé ou non pour bien fonctionner. On sait qu'un marché qui fonctionne bien est un marché qui est soumis à des règles.

Pour mémoire, si, sur ce nouveau marché de la musique, la vente de disques s'est effondrée, le prix des concerts a, lui, explosé. Cela veut dire que le consommateur paie en définitive la facture en réglant un prix beaucoup plus élevé de ses billets d'entrée aux concerts.

Concernant le téléchargement légal, il ne compense absolument pas la baisse des recettes provenant de la vente de disques. Donc c'est quand même un dossier dont les politiques et les politiciens de ce pays doivent se saisir: le téléchargement illégal existe; qu'est-ce qu'on en fait? comment réagir? est-ce que, oui ou non, il faut réagir? Il faut savoir que le téléchargement illégal passe par des sites qui sont parfois – je ne dis pas chaque fois – liés à des organisations criminelles qui piratent des morceaux de musique, les offrent